

A N T W O R T

zu der Anfrage

der Abgeordneten Barbara Spaniol (DIE LINKE.)

betr. Darstellung der Griechenland-Krise und dabei verwendete Unterrichtsmaterialien an saarländischen Schulen

Vorbemerkung der Fragestellerin:

„Die Studie „Griechenland unterrichten“ der Universität Duisburg-Essen kommt zu dem Ergebnis, dass die Darstellung der Ursachen, Auswirkungen und Lösungsmöglichkeiten der Griechenland-Krise in den Schulen bundesweit oft sehr einseitig geschieht. Da es bei einem derart aktuellen Thema kaum passende Schulbücher gibt, müssen die Lehrerinnen und Lehrer zur Behandlung dieses Themas zu einem Großteil auf Print- und Online-medien sowie Unterrichtsmaterialien von Verbänden, Stiftungen und anderen Organisationen zurückgreifen. Bei diesen Materialien handelt es sich oftmals aber um sehr einseitige Darstellungen. Nicht immer ist gleich erkennbar, dass diese von Lobbyorganisationen herausgegeben werden. Die Studie nennt als Beispiel die Internet-Plattform „Wirtschaft und Schule“, auf der sich Lehrerinnen und Lehrer Unterrichtsmaterialien herunterladen können und die vom Institut der deutschen Wirtschaft in Köln betrieben wird. In diesen Materialien wird etwa einseitig die Lohnentwicklung in Griechenland für die Krise verantwortlich gemacht, andere Faktoren, wie etwa der deutsche Exportüberschuss, werden dagegen nicht erwähnt. („Als der wirtschaftliche Aufschwung wieder abflaute, begingen die Griechen den Fehler, die Löhne weiterhin steigen zu lassen.“).

Die Landesregierung hat auf Anfrage der Linksfraktion im Februar erklärt: „Welche Materialien – insbesondere im Sinne von Schulbüchern und sonstigen Arbeitsmaterialien, die Schulbücher ergänzen oder ersetzen – Lehrkräfte im Unterricht verwenden, um die durch Lehrpläne und sonstige Vorgaben definierten schulischen Ziele zu erreichen, liegt in der Verantwortung der Schulen ... Statistiken und sonstige Informationen zu der hier genannten Problematik werden nicht erhoben.“ (Drucksache 15/1356).“

Was unternimmt die Landesregierung, um eine ausgewogene, unabhängige und nicht interessengesteuerte Information der Schülerinnen und Schüler über die Griechenland-Krise zu gewährleisten?

Zu Frage 1:

Die von der Fragestellerin so bezeichnete sogenannte „Griechenland-Krise“ ist nicht explizit als Thema in den saarländischen Lehrplänen vorgesehen. Allerdings lassen die Lehrpläne insbesondere in dem Fach Sozialkunde/Politik sowohl der allgemeinbildenden als auch der beruflichen Schulen Freiräume und fordern auch dazu auf, aktuelle Bezüge zu nutzen und aktuelle Ereignisse zu thematisieren. Lehrkräfte können daher die Thematik zum Unterrichtsgegenstand machen. Aufgrund der Aktualität der Thematik ist es unumgänglich, dass die Lehrkräfte sich selbst in die Fachdebatte einarbeiten und das ggf. verwendete Unterrichtsmaterial auf seine Qualität in mehrfacher Hinsicht prüfen.

Fachlehrkräfte sind durch ihre hochqualifizierte wissenschaftliche Ausbildung auf die Aufgabe, im Unterricht eine ausgewogene, unabhängige und nicht interessengesteuerte Information der Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, vorbereitet. Die Sichtung und Beurteilung von Materialien hinsichtlich ihrer Eignung für den Unterricht ist eine grundlegende Aufgabe von Lehrkräften. Die Auswahl geeigneter Unterrichtsmaterialien beschränkt sich auch nicht allein auf die didaktische Eignung bzw. die didaktische Überarbeitung, sondern auch auf eine qualitative Prüfung zur Verfügung stehender Materialien. Ein Teil dieser qualitativen Prüfung ist auch die Feststellung, wer Autor/Autorin bzw. Herausgeber/Herausgeberin von Materialien ist, und die Beurteilung, ob das Material ggf. tendenziös ist.

Die Fähigkeit, Materialien nach ihrer Aussagekraft und Aussageabsicht zu beurteilen, wird auch von den Schülerinnen und Schülern erwartet. Die in den Lehrplänen verlangte Methodenkompetenz zielt insbesondere in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern daher auch explizit auf eine eigenständige und kritische Beurteilung unterschiedlicher Materialien ab. Interkulturelles Lernen und Perspektivwechsel sind zudem Schwerpunkte in den neueren Lehrplänen und dienen in diesem Fall auch dazu, einseitige Darstellungen zu identifizieren und entsprechend zu beurteilen.

Wie stellt die Landesregierung sicher, dass „was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, auch im Unterricht kontrovers erscheint“, wie es im „Beutelsbacher Konsens“ vereinbart ist, der die theoretischen Grundlagen der politischen Bildung regelt?

Zu Frage 2:

Der Beutelsbacher Konsens ist im Saarland unausgesprochene Grundlage jedes Sozialkunde- bzw. Politik-Lehrplans und auch in den anderen Fächern des gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichts gilt selbstverständlich das „Überwältigungsverbot“. Dies ist z. B. auch konkret an den Lehrplanthemen herauszulesen, an denen ggf. die sogenannte „Griechenland-Krise“ angedockt werden kann:

Gemäß dem Lehrplan Gesellschaftswissenschaften (GW) in der Gemeinschaftsschule (GemS) könnte das Thema „Griechenland-Krise“ ab dem nächsten Schuljahr in Klassenstufe 9 angesprochen werden. Dort wird z. B. folgende Kompetenzerwartung im Themenfeld „Europäischer Wirtschaftsraum“ formuliert: Die Schülerinnen und Schüler

...

- beurteilen mehrperspektivisch die Vor- und Nachteile einer gemeinsamen europäischen Währung.

Im Lehrplan der Einführungsphase Gymnasiale Oberstufe im Saarland (GOS) kann die sogenannte „Griechenland-Krise“ an das Thema „Binnenmarkt und Euro“ angedockt werden. Folgende Kompetenzerwartungen werden u. a. genannt: Die Schülerinnen und Schüler ...

- erläutern den Begriff Währungsunion,
- diskutieren Chancen und Risiken einer gemeinsamen Währung.

Die Kompetenzformulierungen verwenden die Operatoren „beurteilen“ und „diskutieren“. Dadurch ist in den Lehrplänen die Vorgabe formuliert, dass im Unterricht auf Grundlage einer ergebnisoffenen Darstellung der Problematik eine eigene Beurteilung durch die Schülerinnen und Schüler erfolgen soll. Dies entspricht dem „Überwältigungsverbot“ des Beutelsbacher Konsenses.

Liegen der Landesregierung Rückmeldungen oder Beschwerden von Schülerinnen, Schülern und Eltern zum Umgang mit der Griechenland-Krise im Unterricht oder dem Einsatz von Unterrichtsmaterialien vor, die von Interessensvertretungen herausgegeben werden?

Zu Frage 3:

Nein.

Wie steht die Landesregierung zu den Ergebnissen der Studie „Griechenland unterrichten“ der Universität Duisburg-Essen und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

Zu Frage 4:

Prof. Dr. Till van Treeck, Fachbereich Sozialökonomie an der Universität Duisburg-Essen, hat exemplarisch (nicht repräsentativ) verschiedene online verfügbare Unterrichtsmaterialien mit Studierenden untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Materialien von privaten Interessensgruppen bereitgestellt werden, die in ihrer Ausrichtung nicht immer neutral sind. Zwei der insgesamt drei untersuchten deutschen Unterrichtsmaterialien vertraten einen eher neoliberalen Ansatz – ein deutsches Unterrichtsmaterial vertrat einen eher keynesianischen Ansatz. Weiterhin untersuchte er Unterrichtsmaterial, das das nationale Bildungsministerium Frankreichs zur Verfügung stellte, und kam zu dem Schluss, dass das Material einseitig einen keynesianischen Ansatz vertrat.

Prof. Dr. Till van Treeck selbst weist in dem Bericht zu der Untersuchung explizit darauf hin, dass die Auswahl der Unterrichtsmaterialien in keiner Weise repräsentativ ist. „So hat zum Beispiel die Bundeszentrale für politische Bildung ein neueres Online-Dossier veröffentlicht, das auf explizit und systematisch pluralistische Weise über die anhaltenden Debatten zu den Ursachen der und Lösungsvorschlägen zur Eurokrise informiert (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2014: Europäische Schuldenkrise)“ (cives Praxistest 4, Seite 13).

Darüber hinaus weist er selbst mit Blick auf den Vergleich zwischen den deutschen Materialien und den Materialien des französischen Bildungsministeriums bereits in dem einleitenden Kapitel „Kurzbeschreibung“ (Cives Praxistest 4, Seite 3) explizit darauf hin, dass es wichtig wäre, „zu untersuchen, in welchem Ausmaß die Unterschiede in den Schulmaterialien französische und deutsche Schülerinnen und Schüler tatsächlich in ihrer Wahrnehmung und ihrem Wissen über die Eurokrise beeinflussen“.

Alleine vor dem Hintergrund dieser expliziten Relativierungen der eigenen Untersuchungsergebnisse muss man den empirisch-wissenschaftlichen Mehrwert, den die Studie für den wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs darstellen soll, ausdrücklich in Frage stellen.

Zudem dürfte sich jede Lehrkraft bereits vor der Untersuchung bewusst gewesen sein, dass Interessensgruppen auch einseitige Darstellungen für Schule und Unterricht zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Herr Prof. Dr. Till van Treeck selbst in einem Interview im Deutschlandfunk am 19.08.2015 die in der Beantwortung von Frage 1 erwähnte grundlegende Aufgabe von Lehrkräften, Unterrichtsmaterialien hinsichtlich ihrer Eignung für den Unterricht eigenständig zu sichten und kritisch zu beurteilen, hervorhebt: So bedingen laut Herrn Prof. Dr. Till van Treeck aktuelle Themen, dass „Lehrerinnen und Lehrer [...] einfach nicht daran vorbeikommen, sich selbst in die Fachdebatten einzuarbeiten und dann jedes Material sozusagen einzeln [...] zu bewerten“.

Demzufolge ist vor dem Hintergrund, dass die sogenannte „Griechenland-Krise“ kein verpflichtendes Lehrplanthema ist und sowohl die Lehrkräfte als auch die Schülerinnen und Schüler im kritisch beurteilenden Umgang unterschiedlicher Materialien ausgebildet sind bzw. ausgebildet werden, eine weitergehende Konsequenz seitens der Landesregierung aus den im Cives Praxistest 4 vorliegenden Studienergebnissen von Herrn Prof. Dr. Till van Treeck nicht notwendig.

Wie steht die Landesregierung zur Einrichtung einer öffentlichen Monitoringstelle für Unterrichtsmaterial, wie sie beispielsweise „Lobbycontrol“ fordert? Diese Monitoringstelle sollte den kritischen Umgang mit Materialien fördern, an sie könnten sich Lehrerinnen und Lehrer wenden, um auffälliges Material zu melden oder zeitnah überprüfen zu lassen.

Zu Frage 5:

Gegen eine öffentliche Monitoringstelle wie oben beschrieben ist dem Grunde nach nichts einzuwenden. Es stellt sich aber die Frage, ob diese Aufgabe nicht bereits durch bestehende staatliche Organisationen – wie z. B. die Zentralen für politische Bildung – übernommen wird. So unterstreicht beispielsweise Herr Prof. Dr. Till van Treeck in dem oben genannten Interview im Deutschlandfunk die Bedeutung der Bundeszentrale für politische Bildung als wichtige Institution, die „ja in Deutschland die Hüterin sozusagen des Kontroversitätsgebotes [ist] und für Lehrerinnen und Lehrer [...] die erste Anlaufstelle [ist], wenn es darum geht, Onlinematerialien zu aktuellen Themen zu suchen.“